

Kampf den Windrädern

Dachverband «Freie Landschaft Schweiz» engagiert sich gegen die Energiestrategie 2050

Von Michael Surber, Bern

Lange sah es so aus, als ob das in der Herbstsession beschlossene Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 ohne den Umweg via Wahlurne umgesetzt werden könnte. Nach anfänglichem Zögern beschloss die SVP dann doch, auch ohne Unterstützung der grossen Wirtschaftsverbände Gewerbeverband und Economiesuisse das Referendum zu ergreifen. Stand heute formiert sich im Schlepptau der SVP ein Widerstand gegen das Energiegesetz, der sich wenig überraschend vornehmlich aus unterschiedlichen Branchenverbänden der Wirtschaft speist.

Die grossen Umwelt- und Naturschutzverbände der Schweiz sucht man hierbei vergebens. Diese liessen am 30. September, also unmittelbar nach der Schlussabstimmung im Parlament, in einer gemeinsamen Erklärung verlauten, dass «die Schweizer Organisationen aus den Bereichen Heimat-, Natur-, Landschaft- und Umweltschutz geschlossen zur Energiestrategie 2050» stehen würden. Eine Minimalopposition zu dieser Haltung erwächst nun im Engagement des Verbands «Freie Landschaft Schweiz». Dieser Dachverband, der etwa zwei Dutzend lokal engagierter Landschaftsschutz-Organisationen in sich vereint, steigt ebenfalls in den Abstimmungskampf gegen die Energiestrategie 2050.

«Landschaftsschutz abgeschafft»

Es ist dabei ein ganz spezifischer Aspekt der verabschiedeten Energiestrategie, der dem Verband «Freie Landschaft Schweiz» widerstrebt: Durch den im neuen Gesetz vorgesehenen Atomausstieg entsteht eine Energielücke, die es mittelfristig zu füllen gilt. Abhilfe schaffen sollen gemäss der Energiestrategie einerseits Massnahmen, welche die Energieeffizienz in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Industrie und Geräte steigern und so den Energieverbrauch in der Schweiz reduzieren.

Andererseits soll, um die dann noch immer bestehende Energielücke zu füllen, die Versorgung aus erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Im Rahmen dieses Ausbaus kommt der Windenergie eine wichtige Rolle zu. Konkret ist vorgesehen, dass in der Schweiz über



«Ein Unding». Windturbinen am Griessee in der Nähe des Nufenenpasses. Foto Keystone

tausend neue Windkraftanlagen gebaut werden sollen. Und es sind ebendiese zusätzlichen Windräder, gegen die der Verband «Freie Landschaft Schweiz» aufbegehrt.

Mit dem vorliegenden Energiegesetz würde der Landschaftsschutz in der Schweiz faktisch abgeschafft, sagten die Vertreter des Verbandes an der Medienorientierung gestern. Hierbei sind es vor allem die Artikel 12 und 13 des neuen Energiegesetzes, die sie als besonders problematisch ausgemacht haben: Gemäss diesen ist der Bundesrat befugt, einzelne Anlagen von erneuer-

baren Energien – darunter fallen auch Windkraftwerke – als von nationalem Interesse auszuweisen. Dieser Schritt würde es dem Bundesrat ermöglichen, Windkraftwerke explizit auch in Landschaftsschutzgebieten zu bewilligen. Kantonale Schutzgebiete wären damit so gut wie aufgehoben, behaupten die Vertreter des Verbandes.

Zudem seien die Windturbinen auch aus ornithologischer Sicht ein Unding: Durch die Rotoren würden Vögel und Fledermäuse in grosser Zahl erschlagen. Die Windräder produzierten zudem nicht nur Strom (zumindest solange es

Wind hat), sondern auch Lärm und Vibrationen, sogenannten Infrasschall, der in einem Umkreis von bis zu fünf Kilometern wahrnehmbar sei und potenziell Folgen für die Gesundheit der Anwohner haben könne.

«Die Energiestrategie ist zu wichtig, zu lohnend für Natur und Wirtschaft, um auf dem Weg dorthin unnötig Substanz im Streit um unverhandelbare Bau-, Kultur- und Landschaftswerte zu verlieren», meinen die grossen Umwelt- und Naturschutzverbände im besagten Communiqué. Das sieht «Freie Landschaft Schweiz» offenbar etwas anders.

Alterslimite für Games

Bund will schweizweite Regeln

Bern. Bei Games und Videos ist Jugendschutz heute Sache der Kantone, die das Problem in der Regel den Branchen überlassen. Dem Bundesrat genügt das nicht mehr. Er will einen schweizweit einheitlichen Rahmen für die Altersbeschränkung, Kontrollen und Sanktionen. Der Bundesrat hat gestern beschlossen, bis 2017 ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten.

Heute gebe es Branchenregelungen, aber nicht alle Anbieter machten dabei mit, erklärt Ludwig Gärtner vom Bundesamt für Sozialversicherungen. Die Branchenorganisationen hätten keine Möglichkeit, verbindliche Regeln festzulegen. Dort, wo es Regeln gibt, sind laut Gärtner die Kontrollen und die Sanktionierung ungenügend. Das neue Gesetz soll diese Lücken im Jugendschutz schliessen.

«Ziel sind Rahmenbedingungen, innerhalb welcher sich die Branchen selber regulieren können», sagt Gärtner. Die Regelung bestimmter Bereiche soll den Branchen im Gesetz vorgeschrieben werden.

Handlungsbedarf sieht der Bundesrat ferner beim Schutz der Jugendlichen vor ungeeigneten Inhalten im Internet. In der EU steht ein Entwurf für eine neue Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste zur Diskussion, die einen besseren Jugendschutz zum Ziel hat. Vorgeschlagen wird ein Mechanismus, mit dem Nutzer schädliche Inhalte melden können, zudem Altersüberprüfungssysteme und ein Verhaltenskodex für die Branchen. Der Bundesrat erwägt, entsprechende Regeln zu erlassen. SDA

Der Bundesrat warnt vor einer Annahme der «No Billag»-Initiative

Parlament wird in einem Jahr über die Radio- und Fernsehgebühren diskutieren

Bern. Ohne Radio- und Fernsehgebühren wäre der qualitativ hochwertige Service public gefährdet. Das schreibt der Bundesrat in der Botschaft zur Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren». Das Geschäft ist nun bereit für die parlamentarische Beratung.

Wie bereits mehrmals kommuniziert, sollen Radio und Fernsehen nach Meinung der Regierung weiterhin über Gebühren finanziert werden. Weder die Initiative noch ein Gegenvorschlag seien zielführend. In der gestern verabschiedeten Botschaft unterstreicht der Bundesrat seine Haltung im Hinblick auf die Volksabstimmung, die nach seinen Angaben frühestens im Herbst 2017 stattfinden wird.

Nach dem Willen des Bundesrates sollen die bisherigen Radio- und Fernsehgebühren bis zum Wechsel auf das neue Abgabesystem, voraussichtlich im Jahr 2019, stabil bleiben. Der Bundesrat beabsichtigt zudem, mit dem Systemwechsel die Haushaltsabgabe auf unter 400 Franken festzulegen.

Die Initiative wehrt sich prinzipiell gegen dieses System der Empfangsgebühren. Künftig soll gemäss den Initianten der Bund regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen versteigern. Subventionen an Radio- und Fernsehstationen würden abgeschafft.

Aus Sicht des Bundesrats hätte das «einschneidende Auswirkungen» auf die Schweizer Medienlandschaft und würde den Medienplatz Schweiz «erheblich schwächen». Ein Service

public im Medienbereich lasse sich nicht ausschliesslich kommerziell finanzieren.

Eine Annahme der Initiative hätte einen Abbau des SRG-Angebots, der Radiostationen in Berg- und Randregionen und des Regionalfernsehens zur Folge. «Dadurch würde die Meinungs- und Angebotsvielfalt in Radio und Fernsehen sehr wahrscheinlich abnehmen.» Die kleinen Sprachregionen würden laut dem Bundesrat am meisten getroffen. Denn nur dank des SRG-internen Finanzausgleichs könnten heute in allen Amtssprachen gleichwertige Radio- und Fernsehprogramme produziert werden.

«Nicht durchdachtes System»

Von den gesamten Einnahmen der SRG, die sich hauptsächlich aus Empfangsgebühren sowie aus Werbe- und Sponsoringeinnahmen zusammensetzen, stammen 24,5 Prozent aus der Westschweiz, 4,5 Prozent aus der italienischen Schweiz und der Rest aus der Deutschschweiz. Diese Mittel werden solidarisch auf die Sprachregionen aufgeteilt, so dass die französischsprachigen Sender der SRG davon 32,7 Prozent und die italienischsprachigen 21,8 Prozent erhalten.

Heute wird die SRG etwa zu drei Vierteln (1,235 Milliarden Franken) über Gebühren finanziert, die privaten Lokalradios und regionalen Fernsehen bis zu zwei Dritteln (67,5 Millionen Franken). Da der Wegfall der Einnahmen nach Meinung des Bundes-

rats nicht durch Werbeeinnahmen kompensiert werden könnte, müssten all diese Veranstalter massiv bei ihren Angeboten sparen.

Wer Ja sagt zur Initiative, nimmt laut Bundesrat ein neues, nicht durchdachtes Mediensystem in Kauf. «Rein kommerzielle Radio- und Fernsehangebote sind in der Regel unterhaltungsorientiert, zulasten von Information, Bildung und Kultur.» Heute fliessen 58 Prozent der Gebühren der SRG in diese drei Bereiche.

Die Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» war am 11. Dezember 2015 mit 112 191 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Dahinter stehen Vertreter der Jungen SVP und der Jungfreisinnigen. Es ist bereits die zweite Volksinitiative, die die Abschaffung der Empfangsgebühren fordert. Die Initiative «Radio und Fernsehen – ohne Billag» war aber nicht zustande gekommen.

Über die Radio- und Fernsehgebühren wurde auch im Rahmen der Abstimmung vom Juni 2015 diskutiert. Das Stimmvolk nahm damals das revidierte Radio- und Fernsehgesetz knapp an. Damit schuf es die Grundlagen für den Wechsel von der heutigen Empfangsgebühr zu einer geräteunabhängigen Abgabe. Das soll der Tatsache Rechnung tragen, dass die meisten Haushalte über Empfangsgeräte verfügen, da Radio- und TV-Programme heute auch auf dem Handy und dem Computer empfangen werden können. Die Anmeldung bei der Billag entfällt. SDA

Nachrichten

Bund wünscht klarere Aufträge an Sozialfirmen

Bern. Sozialfirmen spielen eine wichtige Rolle zur Integration von Personen ohne Beschäftigung. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrat in einem Bericht. Er sieht aber Verbesserungsmöglichkeiten: Die Sozialwerke könnten Erwartungen an die Firmen klarer definieren. Die Sozialfirmen sollen sich auf Veränderungen im Markt einstellen. Gefragt sei eine Diversifizierung. Neue gesetzliche Regeln braucht es aus Sicht des Bundesrates aber nicht. Das heutige System funktioniere gut. SDA

Risikoausgleich zwischen Kassen wird verfeinert

Bern. Der Bundesrat verfeinert den Risikoausgleich in der obligatorischen Krankenversicherung. Damit wird es für die Krankenkassen weniger interessant, junge und gesunde Versicherte zu umwerben. Der Risikoausgleich ist ein Ausgleichsmechanismus unter den Krankenkassen. Jene, die viele junge, gesunde und damit günstige Versicherte haben, zahlen in den Risikoausgleich ein. Jene mit vielen alten und chronisch kranken Patienten erhalten Ausgleichszahlungen aus dem Risikoausgleich. SDA

Mehr Geld für die Pflege Schwerbehinderter

Bern. Wer ein schwer krankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegt, soll mehr Geld erhalten. Der Bundesrat ist mit dem Vorschlag der nationalrätlichen Gesundheitskommission einverstanden, den Intensivpflegezuschlag zu erhöhen. Heute erhalten Familien, die schwer kranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen und betreuen, monatlich zwischen 470 und 1410 Franken. SDA

Genfer Regierung ist für den Atom-Ausstieg

Genf. Wie schon die Regierung von Basel-Stadt empfiehlt auch die Genfer Regierung, der Atomausstiegsinitiative der Grünen am 27. November zuzustimmen. Beide Kantone haben in ihren Kantonsverfassungen einen Artikel gegen die Atomenergie. Die Grünen verlangen in ihrer Volksinitiative «Für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie», dass sämtliche AKW in der Schweiz bis 2029 vom Netz genommen werden. SDA

Neue Informatik-Regeln für Bundesangestellte

Bern. Der Bundesrat hat die Speicherung und Übermittlung von Daten neu geregelt, die Bundesangestellte für den Zugang zu Informatikanwendungen benötigen. Er hat eine Verordnung verabschiedet. Die neuen Regeln gelten ab dem 1. Januar 2017. Wer in der Bundesverwaltung eine Informatikanwendung nutzen will, muss sich ausweisen. So wird sichergestellt, dass nur Befugte Zugang erhalten. SDA

Verstärkte Information zum Thema Raubkunst

Bern. Der Bund hat in den vergangenen fünf Jahren die Information und Sensibilisierung zum Thema NS-Raubkunst verstärkt. Im Auftrag des Bundesrats hat das Bundesamt für Kultur die Fortschritte und die Pläne für das weitere Vorgehen in einem Bericht dargelegt. Der zweite Bericht über den Stand der Arbeiten umfasst den Zeitraum von 2011 bis 2016. Der Bund schuf in dieser Periode beispielsweise das Internetportal zur NS-Raubkunst, das Informationen und Wegleitungen für Museen und Sammlungen enthält. Wichtig war in der Berichtsperiode zudem die Begleitung des Falles Gurlitt. SDA

Churer Asylzentrum auf verseuchtem Untergrund

Chur. Das neue Erstaufnahmезentrum für 180 Asylsuchende bei Chur ist auf einer Mülldeponie geplant worden. Niemand wusste vom verseuchten Untergrund. Gestern sprach der Bündner Grosse Rat einen Nachtragskredit zur Sanierung des Untergrunds. SDA